

Kroatiens Finanzpolitik am Scheideweg

DAS DEFIZITVERFAHREN UND DIE FOLGEN

Wirtschaftlicher Niedergang unter der Regierung Milanovic

In den vergangenen Jahren hat sich das kroatische Haushaltsdefizit angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der fehlenden Bereitschaft der kroatischen Regierung dieser wirtschaftlichen Entwicklung durch eine entsprechende restriktive Finanzpolitik Rechnung zu tragen kontinuierlich bis auf einen Wert von 5% des BIP erhöht und auch im vergangenen Jahr wird es nach jüngsten Schätzungen einen neuen Rekordwert von 5,4% des BIP erreicht haben. Die Kommission der Europäischen Union sah sich deshalb zu Beginn dieses Jahres gezwungen auch gegen das jüngste Mitgliedsland ein Defizitverfahren einzuleiten.

Noch im Dezember 2012 verabschiedete die kroatische Regierung einen Haushalt auf der Grundlage einer Wachstumsprognose von 1,9%, die sie jedoch bereits im April 2013 auf nur noch 0,7% und im darauf folgenden November sogar auf 0,2% reduzieren musste, was die Notwendigkeit zur Verabschiedung mehrerer Nachtragshaushalte nach sich zog. Im Ergebnis realisierte Kroatien im Jahre 2013 sogar ein „negatives Wachstum“ von -0,8% und trotzdem legte die Regierung Milanovic ihrem neuerlichen Haushaltsentwurf eine Wachstumsprognose für das Jahr 2014 von immer noch 1,3% und für 2015 gar von 2,2% zugrunde. Zweifel an der Realisierbarkeit derartige Wachstumsprognosen erscheinen nur zu berechtigt. Zu schlecht ist momentan das Investitionsklima in Kroatien, als dass private Investoren die von der Regierung erwarteten zwei Drittel der im Haushalt vorgesehenen Investitionen tätigen würden.¹

Zwar zeigt sich auch die kroatische Regierung selbst unzufrieden mit dem bisher Erreichten und versucht dem Haushaltsdefizit mit Steuererhöhungen zu begegnen, erreicht damit aber bisher genau das Gegenteil. Die Staatseinnahmen sinken und das Haushaltsdefizit steigt weiter.

Nachdem die EU Kommission zu Beginn des neuen Haushaltsjahres feststellen musste, dass Kroatien auch nach den statistischen Maßstäben der EU Kommission die jeweiligen Maastricht Kriterien von 3% bzw. 60% des BIP für das Budgetdefizit und den Schuldenstand verletzte, beschlossen die europäischen Finanzminister Ende Januar das Land einer „Excessive Deficit Procedure“ zu unterziehen.

Ein Defizitverfahren für das jüngste EU-Mitgliedsland

Ein solches „Defizitverfahren“ gilt als ein korrekatives Maßnahmenbündel, mit dessen Hilfe ein Land mittelfristig wieder die besagten Maastricht Kriterien erfüllen sollte. Kroatien ist nicht das einzige Land, das einem solchen Verfahren unterzogen wird; bisher habe sich mit der rühmlichen Ausnahme von Estland und Schweden alle EU Mitgliedsstaaten zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Mitgliedschaft einem solchen Verfahren unterwerfen müssen. Aktuell ist Kroatien das 17. EU-Mitgliedsland, das sich einem solchen Prozess unterziehen muss. Die EU Kommission hofft, dass es Kroatien ähnlich anderen prominenten EU-Mitgliedstaaten -wie etwa auch Deutschland- schließlich gelingen möge, diesen Prozess erfolgreich hinter sich zu bringen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

Zu diesem Zweck will die EU-Kommission Kroatien drei Jahre Zeit geben um das aktuelle Haushaltsdefizit auf einen Wert von 3% und die aktuelle Staatsverschuldung auf einen Wert von 60% des BIP zurückzuführen.²

Um dies zu erreichen soll das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf 4,6%, im Jahr 2015 auf 3,5% und im Jahr 2016 auf 2,7% reduziert werden.

Wie dies gelingen soll, angesichts der Tatsache, dass die diesjährigen Staatseinnahmen (bis Sept.) wieder um 1,3 Mrd. (gegenüber 2012) gesunken und die Staatsausgaben (bis Sept.) sich um 3,5 Mrd. (gegenüber 2012) erhöht haben, muss jedem Beobachter unklar bleiben.³ Es würde bedeuten, dass Kroatien das Haushaltsdefizit allein im laufenden Jahr um nicht weniger als HRK 800 Mio. reduzieren müsste.

Maßnahmen der kroatischen Regierung zur Haushaltssanierung

Die kroatische Regierung hat sich nun dazu durchgerungen im Rahmen eines Nachtragshaushalts das zu erwartende Haushaltsdefizit durch Einnahmeverbesserungen im Umfang von HRK 3,98 Mrd. auf insgesamt HRK 117,1 Mrd. bei nur geringfügigen Ausgabenerhöhungen um HRK 100 Mio. auf insgesamt HRK 130,7 Mrd. und damit um ca. HRK 4,0 Mrd. auf HRK 13,58 Mrd. zu verringern. Ein solches verringertes Haushaltsdefizit würde die Neuverschuldung des Staates im laufenden Haushaltsjahr 2014 um HRK 7,0 Mrd. auf insgesamt HRK 33,5 Mrd. beschränken.⁴

Auf der Einnahmenseite sollen die angesammelten Rentenbeiträge der 2. Kategorie im Umfang von HRK 2,8 Mrd. in diesem und 2,2 Mrd. im kommenden Jahr jetzt dem Haushalt zugeführt werden, wobei die Regierung darauf vertraue, dass diese Mittelzuweisung von der EU Kommission als tatsächliche „Sparmaßnahme“ und damit als das „Defizit reduzierend“ anerkannt und nicht als „Vermögensverschiebung“ gewertet wird.⁵

Zusätzlich will die Regierung die Krankenversicherungsbeiträge von 13% auf 15% des Bruttogehalts und die Steuern auf Lotteriegewinne und Tabakprodukte erhöhen und damit das Haushaltsdefizit um etwa HRK 4 Mrd. reduzieren. Auf der Ausgabenseite sind folgende Einsparungen geplant: im kroatischen Landwirtschaftsministerium sollen insgesamt HRK 409,3 Mio., im Verteilungsministerium HRK 241,8 Mio.; im Wirtschaftsministerium HRK 220 Mio.; im Transportministerium HRK 119,0 Mio.; im Innenministerium HRK 177,2 Mio.; im Justizministerium HRK 159,2 Mio. im Industrieministerium HRK 97,6 Mio. und im Bildungsministerium HRK 89,4 Mio. eingespart werden.⁶

Entgegen andersartiger Vorschläge konnte sich die nicht zu größeren Einsparungen bei den etwa 240.000 Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes durchringen. So beabsichtige man nun bei den Gehältern der öffentlich Bediensteten etwa HRK 340 Mio. und bei den Sach- und Finanzkosten HRK 870 Mio. einzusparen.⁷

Reaktionen auf den Sanierungsplan der Regierung

Die ersten Reaktionen auf diesen ersten Sanierungsplan der kroatischen Regierung fielen unterschiedlich aus. Insgesamt wurde jedoch bemängelt, dass keine tatsächlichen Strukturveränderungen im Budget vorgenommen worden seien.

Kroatische Analysten, wie der Finanzexperte der Ersten Bank: Alen Kovac wiesen darauf hin, dass sich das erwartete Defizit nun zwar mit 4,1% des BIP erträglicher ausmache, der Haushalt jedoch wohl ein weiteres Mal angepasst werden müsste, wenn sich die weiterhin zu optimistischen Wachstumserwartungen der Regierung im Umfang von aktuell +0,2% nicht realisieren würden. Er erwarte in diesem Haushaltsjahr -im Gegensatz zur Regierung- kein Wachstum, sondern eine stagnierende Wirtschaft und wird dabei von seinem Kollegen der Splitska Bank: Zdeslav Santic unterstützt, der wegen der Einsparungen im Haushalt sogar in diesem Jahr mit einem weiteren „Negativwachstum“ von -0,5% rechnet.⁸

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

Am Ende des Aufenthaltes einer IMF-Delegation in Kroatien, bezeichnete auch der Delegationsleiter die von der kroatischen Regierung beschlossenen Maßnahmen soweit sie die Einnahmeseite des Haushalts betreffen zwar als kurzfristig „akzeptabel“; der IMF würde jedoch viel größeren Wert auf Einsparungen auf der Ausgabenseite legen. Der IMF erwarte für 2014 ebenfalls eher einen Rückgang der kroatischen Wirtschaftsleistung (BIP) um bis zu -1% und sehe erst mittelfristig wieder Chancen für mehr Wachstum in Kroatien. Maßnahmen, wie die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge auf 15%, würden die Wettbewerbsfähigkeit der kroatischen Unternehmen zusätzlich belasten und könnten die strukturelle Einnahmeschwäche nicht beheben. Stattdessen sollte man mittelfristig die Einführung einer Immobilien- und Kapitalertragssteuer, Rezeptgebühren sowie eine Besteuerung reinvestierter Gewinn ins Auge fassen.⁹ Der IMF befürworte zwar die Privatisierungsbestrebungen der kroatischen Regierung, weise aber auf die damit verbundenen hohen Ausgaben für den kroatischen Haushalt hin. Der Verzicht des Staates auf die Eintreibung von Kreditschulden im Rahmen einer neu-en Insolvenzordnung für Unternehmen sehe der IMF dagegen kritisch, vielmehr solle man sich eher an die Regelungen für eine Privatinsolvenz orientieren.¹⁰

Noch pessimistischer gab sich die Europäische Kommission, was die wirtschaftliche Lage derjenigen EU-Mitgliedstaaten angehe, die sich momentan -wie Kroatien- in einem Defizitverfahren befinden. Dabei ordnete die EU Kommission Kroatien zusammen mit Slowenien und Italien in die Ländergruppe mit einem „exzessiven Defizit“ ein. Bis Ende April 2014 erwarte man sich von Kroatien zusätzliche Anstrengungen zur Reduzierung des Defizits. Es müsse jetzt vor allem darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit Kroatiens und damit verbunden vor allem die kroatischen Exporte zu steigern. Auch seien einige Staatsunternehmen zwar marktbeherrschend aber kaum restrukturiert, blieben dabei ertragsschwach oder seien deshalb weiterhin überschuldet. Zudem gehöre Kroatien weiterhin zu den Ländern Südost-europa mit einem unbefriedigenden Geschäftsklima und einer der niedrigsten Er-

werbsquoten in der Europäischen Union. Die EU Kommission erwarte von der kroatischen Regierung Vorschläge, wie diese unbefriedigenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen und werde dann als Teil der Beendigung des Europäischen Semesters im Juni bekannt geben, ob und wenn ja welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Der kroatische Ministerpräsident Milanovic bedauerte, dass sich seine Regierung nicht schon bei der Verabschiedung des Haushalts im November letzten Jahres auf die inzwischen beschlossenen Maßnahmen hatte einigen können, glaube aber, dass u. a. die geplanten Gehaltskürzungen für Minister und hohe Staatsbeamte im Umfang von 6% ein symbolisches Zeichen setze und belege, dass alle aufgerufen seinen ihren Beitrag zu den Haushaltseinsparungen zu leisten. Bei allen Anstrengungen seiner Regierung, sei er jedoch nicht bereit, den Weg Griechenlands zu gehen und wichtige soziale Errungenschaften, wie das Kindergeld, die (Invaliden-) Renten oder die Mindestlöhne zu senken. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, auch ohne einen derartigen „Sozialen Kahl-schlag“ in einem weiteren Nachtragshaushalt den Haushalt stabilisieren zu können. Die kroatische Regierung begrüßte vor allem die Hinweise des IMF, die sich von den Einschätzungen und Empfehlungen der EU-Kommission, nach Einschätzung des zuständigen kroatischen Finanzministers Linic „wohltuend“ abheben würden. Allerdings glaube er, dass eine vom IMF empfohlene Immobiliensteuer erst auf der Grundlage einer neuen Koalitionsvereinbarung im Nachgang zu den kommenden Parlamentswahlen realistisch sei. Nachteile einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge sehe er nicht, da private Investoren momentan ohnehin in Pessimismus verharren und schon seit längerem nicht mehr in Kroatien investierten würden.¹¹

Angesicht dieser wirtschaftlichen Situation konnte es auch nicht überraschen, dass die Ratingagentur Fitch Kroatiens „credit rating“ zwar bei 'BB+' beließ, wegen des unbefriedigenden Nachtragshaushalts jedoch den Ausblick von 'stabil' auf 'negativ' veränderte. Zwar erkannte Fitch die Tatsache an,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

dass die Regierung damit nun endlich begonnen habe, sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite Sparmaßnahmen einzuleiten um die EDP Bedingungen zu erfüllen, man zweifle jedoch weiter an der Bereitschaft der Regierung die Staatsausgaben im kommenden Wahljahr 2015 tatsächlich um insgesamt 1,1% des BIP zu reduzieren.¹²

Die Agentur zeigt sich beunruhigt, dass Kroatiens finanzielle Solidität seit der letzten Herabsetzung im September 2013 weiter gelitten habe und die Fiskalpolitik kein Vertrauen schaffe. Daran sei vor allem die Tatsache schuld, dass der noch im November letzten Jahres verabschiedete Haushalt 2014 eine Steigerung des Defizits von eigentlich geplanten 3,8% auf nunmehr 5,5% des BIP beinhaltet habe. Man bemängelt zudem, dass die Staatsschulden inzwischen einen Wert von mehr als 60% des BIP erreicht hätten und dass eine weitere Verschuldung absehbar sei, was eine weitere Finanzierung des Defizits im Umfang von 18% des BIP in den Jahren 2014 und 2015 notwendig machen werde. Allein der Eintritt Kroatiens in das Defizitverfahren lasse hoffen, dass der Konsolidierung des Haushalts nun mehr Beachtung geschenkt und dies zu realistischeren volkswirtschaftlichen Projektionen des zukünftigen Wirtschaftswachstums führen werde. Solche würden dann auch zu härteren Sanierungsmaßnahmen in den Folgejahren 2014-16 führen müssen wenn Kroatien bis zum Ende 2016 –wie vereinbart- das Haushaltsdefizit auf 2,9% des BIP zurückführen wolle.

Während die Maßnahmen zur Einnahmesteigerung bereits im Detail beschlossen seien, stehe die Entscheidung über konkrete Einsparungsmaßnahmen im Umfang von 1,1% des BIP noch aus. Als durchgehend zu optimistisch wurden die Projektionen der kroatischen Regierung beurteilt, was einen Schatten auf die Bereitschaft der kroatischen Regierung werfe, ihre Sanierungsbemühungen auf eine realistischere Grundlage zu stellen. Die reale Wachstumsrate des BIP werde von Fitch deutlich niedriger gesehen als von der kroatischen Regierung und liege deutlich unter denen vergleichbarer Länder mit einem sogar noch schlechteren Rating.

Angesichts von geplanten Ausgabenkürzungen von 2,3% des BIP in 2014, und weiteren Kürzungen im Umfang von 1% des BIP in den darauf folgenden zwei Jahren könnte die wirtschaftliche Rezession in Kroatien, so der Ausblick der Agentur, sogar noch über 2014 hinaus andauern. Dies würde zu einem weiteren Absinken des Ratings führen, wenn keine Vertrauen erweckende mittelfristige Finanzplanung vorgelegt werde. Würden dagegen positive Schritte zur Sanierung der kroatischen Staatsfinanzen unternommen und der Schuldenstand in % des kroatischen BIP sogar reduziert, könnte dies auf der Grundlage weiterer Arbeitsmarktreformen und einer Verbesserung des Investitionsklimas –nach Meinung der Agentur- tatsächlich zu einer wirtschaftlichen Erholung des Landes führen.

Haushaltspolitische Vorschläge der kroatischen Opposition

Auch die kroatische Opposition bemüht sich einen Weg aus der Krise zu beschreiben, verstrickt sich momentan aber eher in Widersprüche. So strebt der Wirtschaftsberater des kroatischen Oppositionsführers: Prof. Đuro Njavro ein Schuldenmoratorium für Kroatien an während die ehemalige Finanzministerin Martina Dalić ein solches Moratorium strikt ablehnt und es für gefährlich hält. Prof. Njavro ist der Auffassung, dass für den Fall, dass sich Kroatien auf ein Paket von Sparmaßnahmen verpflichten würde, ein Schuldenmoratorium dem Land helfen könnte, schneller aus der Krise zu gelangen. Er nahm dabei Bezug auf das Beispiel Slowenien, wo eine Vereinbarung über die Refinanzierung eines erheblichen Teils der Auslandsschulden zu ersten wirtschaftlichen Erfolgen geführt habe.¹³ Dalić vertrat dagegen die Auffassung, solche Ideen seien gefährlich, weil nicht klar sei, weshalb die Gläubiger Kroatiens auf diese Weise entgegenkommen sollten.¹⁴ Die internationalen Finanzmärkte reagierten auf solche Vorschläge zur Umprogrammierung der Staats- (oder andere) Schulden wenn überhaupt dann eher negativ, da ein solcher Schritt schließlich eine Verlängerung der Laufzeiten bzw. eine Zinsreduktion und –streckung zu Lasten der Gläubiger bedeute. Im Ergebnis werde eine solche Umschuldung als Ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

säumnis gewertet d.h. komme einem Eingeständnis gleich, dass man seine Schulden nicht vertragsgemäß zurückzahlen könne. Da Gläubiger von Staaten im Unterschied zu Gläubigern von Unternehmen über keine Darlehenssicherheiten verfügten bzw. zurückgreifen könnten, gehe jedes Mal, wenn ein Staat umzuschulden beabsichtige viel Vertrauen unwiederbringlich.¹⁵

Die Folgen eines solchen Vertrauensverlustes wiegen schwer, denn anders als Unternehmen können Staaten ihre Aktivitäten nicht einstellen bzw. Insolvenz anmelden. Staatsschulden verschwinden deshalb nie, was auch Kroatien erlebt hat, als es selbst einen Teil der Schulden des ehemaligen Jugoslawien übernehmen musste. Auch dem kriegszerstörten Kroatien wurden damals keine Schuldenerleichterung oder gar ein Schuldenerlass gewährt. Dalic betonte, dass an den internationalen Kapitalmärkten keine "Sentimentalität" herrsche und Wünsche von Regierungen nach Umschuldung immer in die Isolation führten und man bedenken solle, dass auch in der EU, Umschuldungen von Staatsschulden angemeldet bzw. genehmigt werden müssen. Die Erfahrungen Griechenland zeigten, wie naiv es sei, zu glauben, dass irgendwelche Form der Umschuldung eine "Erleichterung" für das Land und seine Bürger bringen würde.

In dem Fall von Kroatien sei zudem eine Trennung der öffentlichen Auslandsschulden und der inländischen öffentlichen Verschuldung nicht möglich, da sich ein Teil der kroatischen Schulden, die als „ausländische“ ausgewiesen sind, in den Händen inländischer Institutionen - wie etwa Pensionsfonds, befänden. Eine Umschuldung würde daher den Marktwert des Fondsvermögens dieser (gesetzlichen) Pensionsfonds bzw. der dort versicherten Rentner drastisch reduzieren. Auf der anderen Seite, so Dalic, sei auch der Teil der kroatischen Staatsschuld, die nominal als „inländisch“ ausgewiesen wird, oft in Euro ausgewiesen bzw. an den Euro gebunden. Ein Umschuldung könne somit in ihrer (Aus-) Wirkung nicht auf ausländische Gläubiger beschränkt werden, sondern wirke über die Destabilisierung der Spareinlagen bei kroatischen Banken auf kroatische Bürger zurück. Eine Um-

schuldung ohne Rückwirkung auf die Stabilität des kroatischen Bankensektors könne es also nicht geben.¹⁶ Dalic plädiert deshalb ausdrücklich für eine bessere Finanz- und Wirtschaftspolitik, die ein andauerndes Haushaltsdefizit und ein entsprechendes Schuldenwachstum vermeide. Es gelte deshalb nach (wirklichen) Lösungen der kroatischen Finanzprobleme zu suchen, die den kroatischen Staat und dessen Wirtschaft stärken und einen realistischeren Weg zum Haushaltsausgleich und zu mehr Wettbewerbsfähigkeit weisen. Von ihrem Plädoyer gegen weitere Versuche der Regierung, die Haushaltslage zu beschönigen und mit fragwürdigen Mitteln das Haushaltsdefizit zu schließen, erhoffe sich die ehemalige Finanzministerin mehr Einsicht in die wenigen Alternativen zur politischen Stabilisierung eines Transformationslandes wie Kroatien. Eine solche Konsolidierung der Finanzen eines Staates gelinge eben nicht durch einen Beitritt in eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern hänge allein vom adäquaten Handeln einer Regierung ab.

Abwertung der Landeswährung als Ausweg ?

Von einigen ausländischen Finanzexperten wurde als alternativer Ausweg aus der Krise jüngst die Abwertung der Landeswährung ins Spiel gebracht. Sie verwiesen darauf, dass Kroatien zu Beginn seines Transformationsprozesses über eine deutlich geringere Inflationsrate verfügt habe, als vergleichbare Staaten und momentan mit 2% weiterhin über eine sehr geringe Inflationsrate verfüge. Diese erscheine ihnen ursächlich für einige der aktuellen Finanzprobleme des Landes. Man müsse die kroatische Inflationsrate vor dem Hintergrund des Wechselkurses der Landeswährung gegenüber dem Euro sehen, denn dieser habe die jeweiligen Inflationsraten in Kroatien und der Eurozone nicht an- bzw. ausgeglichen, was für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit notwendig gewesen wäre. Allein im Wege einer deutlichen Abwertung der Landeswährung bzw. einer deutlichen Erhöhung der Inflationsrate könne Kroatien wieder wettbewerbsfähiger werden.¹⁷

Während in diesem Fall also eine dauerhafte

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

Abwertung der Landeswährung für unabdingbar erachtet wird, damit das Land wieder Wettbewerbsfähigkeit gewinnt, führen andere Wirtschaftsexperten das Beispiel Litauens ins Feld, dass sich ebenfalls von vielen genötigt sah, seine Währung abzuwerten, dem aber widerstand. Die Situation dieses Landes entsprach der Kroatiens, da es ebenso einen deutlichen Importüberhang zu verzeichnen hatte und deshalb unter einer Abwertung eher leidet, als exportorientierte Länder mit einem (potentiellen) Exportüberhang. Gleichzeitig wächst das Risiko für in ausländischer Währung verschuldete Unternehmen und Privatleute, deren Schulden im Falle einer Abwertung der lokalen Währung real wachsen, was auch für den Staat als solchen gelte. Dies könne zu Rückzahlungsproblemen und schließlich zur Überschuldung führen.

Die kroatische Nationalbank hat im Rahmen eines Stresstests eine solche Abwertung des Kuna im Umfang von 10% durchgespielt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine solche Kuna Abwertung bei einem (zu erwartenden) Minuswachstum von 1,2% des BIP, eine dramatische prozentuale Erhöhung der Ausfallrisiken (non-performing loans) zur Folge hätte. Gleichzeitig würde die kroatische Staatsschuld auf einen Wert von 73,4% des BIP steigen und nicht, wie momentan bei einem erhofften Wachstum um 0,7% des BIP auf nur etwa 63% des BIP. Zudem erwarte die Nationalbank in einem solchen Fall eine weitere Kreditrückstufung durch die entsprechenden Ratingagenturen, mit der Folge noch höherer Finanzierungskosten und einer weiteren Verschlimmerung der Lage am kroatischen Kapitalmarkt.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde verwarf die kroatische Nationalbank solche Vorschläge und hält stattdessen an ihrer Politik eines nahezu festen Wechselkurses fest. Sie empfiehlt stattdessen eine interne „Abwertung“ der Kostenstrukturen in der kroatischen Wirtschaft vor allem im Hinblick auf die Arbeitskosten. Sie hält die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf den inländischen Konsum (Binnennachfrage) für weniger bedenklich, als die sonst drohende Gefahr einer Deflation.¹⁸

Finanzpolitische Risiken der Haushaltssanierung

Eine Belastung der Bemühungen um eine durchgreifende Haushaltssanierung bergen die neuesten Zahlen der kroatischen Statistikbehörde. Diese besagen, dass die Anzahl der Personen, die in Kroatien eine Rente beziehen bis Ende 2014 die Anzahl derjenigen erreichen wird, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Da der kroatische Staat Träger der gesetzlichen Rentenversicherung ist, wirken sich solche demographischen Veränderungen unmittelbar auf den Staatshaushalt aus. Hatte sich die Anzahl der Beitragszahler in der kroatischen Rentenversicherung in der Zeit von 2001 bis 2008 noch mit einer Rate von 1,9% deutlich besser entwickelt, als die Zahl der Renteneinkäufer, so vermindert sich die Anzahl der Beitragszahler seitdem um durchschnittlich 2,66% pro Jahr.¹⁹

Eine zusätzliche Belastung für den kroatischen Haushalt resultiert zudem aus der insgesamt extrem niedrigen Erwerbsquote und der damit zusätzlich verbundenen relativ hohen Anzahl von Personen, die zwar unterschiedliche, aber insgesamt eher großzügige Renten erhalten.²⁰ Die Zahlungen an die große Zahl der Rentner summieren sich inzwischen zu einem Gesamtbetrag von nicht weniger als HRK 37 Mrd. jährlich, wobei immerhin 165.000 Rentner eine sog. privilegierte Rente beziehen. 72.815 Rentenbezieher erhalten eine sog. „Veteranenrente“, 58.398 erhalten eine „Erwerbsunfähigkeitsrente“ und 13.398 eine sog. „Kriegsopferrente.“²¹ Die „privilegierten“ Renten wurden zwar bereits im Jahre 2010 um 10% gekürzt, weitere Kürzung erscheinen jedoch unabdingbar wären aber wohl mit Protesten verbunden.²² Ebenso soll die bisherige Indexierung dieser „privilegierten“ Renten beendet werden und es zu einer regelmäßigen Überprüfung des „Privilegierten-Status“ kommen.²³

Noch wichtiger für den Haushaltsausgleich erscheint jedoch eine graduelle Erhöhung des Renteneintrittsalters in Kroatien auf 67 Jahre bis zum Jahre 2031. Nur nach 41 Beitragsjahren soll ein Renteneintritt nun noch ab 60 ohne Abschläge möglich sein, nach 35

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

Beitragsjahren immerhin noch mit 62 Jahren (ohne Abschläge) und nach 15 Beitragsjahren mit 65 Jahren (ohne Abschläge). Auch wenn man momentan bestrebt ist, zumindest die „privilegierten“ Renten zu kürzen bzw. deren Indexierung zu beenden, so wird doch deutlich, dass die „Kriegsfolgen“ und die allgemeine demographische Entwicklung das Land bzw. den kroatischen Staatshaushalt auf Jahre weiter belasten werden. Bedenkt man außerdem, dass Kroatien wegen seiner hohen Jugendarbeitslosigkeit zunehmend unter Emigrationsdruck und der Abwanderung von Fachkräften und Hochschulabgängern („brain-drain“) zu leiden beginnt, so verdunkeln sich die finanz- und haushaltspolitischen Perspektiven des Landes zusehends.

Auch der kroatische Arbeitsmarkt trägt wenig zu einer optimistischeren Einschätzung der Zukunft der kroatischen Wirtschaft bei. Lauf kroatischem Arbeitsamt hat die Zahl der erwerbslosen Kroaten in diesem Monat erstmals seit dem Jahre 2002 die Marke von 385,000 und damit 22.4% der erwerbsfähigen Bevölkerung überschritten. In den vergangenen fünf Monaten hat sich die Arbeitslosenquote kontinuierlich verschlechtert und es erscheint durchaus möglich, dass der im März 2002 ebenfalls unter einer sozialdemokratischen Regierung erreichte historische Höchstwert von 415.352 registrierten Arbeitslosen schon bald erreicht werden könnte.²⁴

All diese Risiken lassen eine kurzfristige und durchgreifende Haushaltssanierung eher unwahrscheinlich erscheinen, was den Eindruck verstärkt, dass Kroatien weiteren, schwierigen Monaten entgegensieht, welche nicht zuletzt auch die politische Stabilität des Landes beeinträchtigen könnten.

¹ Vgl. „Das Haushaltsjahr 2014 beginnt in Kroatien im Zeichen des Sparens.“ FAZ v. 6. 01. 2014

²

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/140836.pdf

³ Kroatisches Finanzministerium:

<http://www.mfin.hr/hr/drzavni-proracun-2012-godina>

⁴ Government Presents 2014 Budget Rebalance, Wednesday HRT online edition

<http://tinyurl.com/oaufvxe>

⁵ New Budgetary Deficit Reduction Measure: Reduction of Seniority Supplements on Public Sector Wages Tuesday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/q5mqbhy>

⁶ Government Presents 2014 Budget Rebalance,

Wednesday HRT online edition,

<http://tinyurl.com/oaufvxe>

⁷ Government Ministers begin Debate on Deficit Reduction Measures

Wednesday JUTARNJI LIST online edition

<http://tinyurl.com/pw8fsma>

⁸ <http://www.poslovnjak.net/analiticari-moguc-novi-rebalans-proracuna/142736/>

⁹ Reactions to Proposed 2014 Budget Rebalance, Wednesday JUTARNJI LIST online edition

<http://tinyurl.com/l4cf5dm>

¹⁰ Ebenda

¹¹ Ebenda

¹² Fitch Downgrades Croatia's Credit Rating Outlook from Stable to 'Negative'

Friday JUTARNJI LIST online edition

<http://tinyurl.com/nn5u7yj>

¹³

<http://www.slobodnadalmacija.hr/ARHIVASTA>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL LANGE

14. MÄRZ 2014

www.kas.de

www.kas.de/kroatien

RIHSTRANICA/Sport/SP2010/SP2010/tabid/

POSLOVNI DNEVNIK online edition,

<http://tinyurl.com/ockfhga>

14

234/articleType/ArticleView/articleId/235577/Default.aspx -

<http://www.presscut.hr/Web%20Sharing%20ON/02-2014/14-02->

[2014/Novi%20list/Presscut_14451971.pdf](http://www.presscut.hr/Web%20Sharing%20ON/02-2014/14-02-2014/Novi%20list/Presscut_14451971.pdf)

15

<http://www.politikaplus.com/novost/96614/Duro-Njavro-Za-izlazak-iz-krize-suglasnost-nacionalnoj-razini>

¹⁶ <http://www.business.hr/ekonomija/njavro-za-izlazak-iz-krize-potrebna-suglasnost-nacionalnoj-razini> Zeitschrift „Politikaplus“

¹⁷ Ebenda

¹⁸ Arguments against Currency Depreciation Monday JUTARNJI LIST online edition

<http://tinyurl.com/pbm3l8z>

¹⁹ Alarming Decline in Ratio of Employed Persons to Pensioners

Monday JUTARNJI LIST online edition

<http://tinyurl.com/pugkzdz>

²⁰ http://www.fes.hr/E-books/pdf/Blickpunkt/Blickpunkt_Kroatien_08_2009.pdf

sowie "Employment Level Falls to 48.7% of Employable Croatians between 15-64 years of Age", Friday JUTARNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/pabaca6>

²¹ Government to Cut 10% from 46,000 "Privileged Pensions" over HRK 5,000 Monthly,

Tuesday VECERNJI LIST online edition,

<http://tinyurl.com/ps6bcb7>

²² Sabor Debates Two Pension-related Laws,

Wednesday POSLOVNI DNEVNIK online edition

<http://tinyurl.com/nnugca2>

²³ Croatian Bureau of Statistics, Statistical information 2012, <http://www.dzs.hr/>

²⁴ Number of Registered Unemployed Exceeds 385,000 for First Time since 2002 Tuesday